
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 6/2020
Nr. 177

SIG Sauer: Weitere Strafanzeige von „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Bereits am 30. April 2020 hat die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ über ihren Tübinger Rechtsanwalt Holger Rothbauer erneut eine Strafanzeige gegen das Rüstungsunternehmen SIG Sauer gestellt – dieses Mal wegen illegaler Waffenlieferungen nach Mexiko und Nicaragua und sowie erneut nach Kolumbien. Es besteht der Verdacht des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz sowie des wiederholten gewerbs- und bandenmäßigen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz. Bereits 2014 hatte „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ – ein Bündnis von weit über hundert Organisationen – Anzeige gegen Verantwortliche von SIG Sauer wegen illegaler Exporte von 38.000 Pistolen nach Kolumbien erstattet. Die darauffolgenden Ermittlungen führten 2019 zur Verurteilung von drei hochrangigen Managern des Unternehmens durch das Landgericht Kiel zu Bewährungs- und Geldstrafen. Darüber hinaus sollen von SIG Sauer die gesamten aus den illegalen Geschäften resultierenden Einnahmen von rund 11 Millionen Euro eingezogen werden, wogegen das Unternehmen Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt hat.

Die nun zweite umfassende Strafanzeige richtet sich gegen die bereits verurteilten Mitarbeiter sowie gegen weitere Verantwortliche bei SIG Sauer in Deutschland und in den USA. Sie beruht in wesentlichen Teilen auf Recherchen des Regisseurs Daniel Harrich sowie der SWR-Journalisten Thomas Reutter und Manfred Hattendorf (ARD-Doku „Tödliche Exporte 2“). Der Weg der Pistolen im Wert von mehreren Millionen Euro erfolgte über den Umweg der SIG Sauer Inc. in den USA nach Mexiko, Kolumbien und Nicaragua, ein beträchtlicher Anteil davon mit den Aufdrucken „Made in Germany“ oder „Beschussamt Kiel“.

Holger Rothbauer, Rechtsanwalt der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, erklärt dazu: „Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass noch während des am Landgericht Kiel laufenden ersten Strafverfahrens die gleichen Straftaten mit neuen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz durch tausendfachen Export von Pistolen in Bürgerkriegsländer – wohlgemerkt von bereits wegen der gleichen Delikte verurteilten Geschäftsführern und Verantwortlichen bei SIG Sauer – begangen wurden, dann wäre dies der juristische Mount Everest von kriminellem Verhalten. Dann dürfte es für diese Abscheulichkeit sicherlich keine Bewährung mehr im nächsten Strafurteil geben. Die Staatsanwaltschaft Kiel bestätigt den Anfangsverdacht und hat ein Ermittlungsverfahren mit Aktenzeichen eingeleitet.“

Anzeigerstatter Jürgen Grässlin erklärt: „Dieser Vorgang ist einmalig in der bundesdeutschen Rüstungsexportgeschichte und zeugt von einer nie da gewesenen Skrupellosigkeit: Denn die Bewährungsstrafen durch das Landgericht Kiel im Fall der illegalen Pistolenexporte nach Kolumbien beruhten auf der Annahme, dass die Verurteilten von SIG Sauer nie wieder illegal Waffen exportieren würden. Stattdessen nutzte SIG Sauer die Lücke, die auf dem mexikanischen Waffenmarkt durch das Rüstungsexportverbot der Bundesregierung für Mexiko infolge unserer Strafanzeige gegen Heckler & Koch entstanden war.“ Laut Grässlin, Sprecher der der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und der Deutschen

Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) „sind die Folgen dieses Kleinwaffendeals tödlich. Aufgrund dieser wohl erneut illegalen Waffentransfers von SIG-Sauer-Waffen in die drei lateinamerikanischen Länder werden unzählige unschuldige Menschen verstümmelt oder getötet.“

Ralf Willinger, Kinderrechtsexperte des Kinderhilfswerks terre des hommes und Mitglied des Trägerkreises von Aktion Aufschrei, sagt: „Unsere Recherchen belegen, dass die Pistolen, die SIG Sauer illegal nach Kolumbien exportiert hat, dort für zahlreiche Verbrechen eingesetzt werden – von illegalen bewaffneten Gruppen; wie Paramilitärs, Guerilla und Drogenkartellen, aber auch von Polizei- und Armeemitgliedern. Das ist den Verantwortlichen bei SIG Sauer bekannt, und dennoch liefern sie offenbar illegal weiter nach Kolumbien, Mexiko und Nicaragua. Diese rücksichtslose Geschäftspolitik auf Kosten der Menschen vor Ort muss dringend gestoppt werden.“

Christine Hoffmann, Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ und pax christi-Generalsekretärin, sieht in dem neuerlichen Rüstungsexportskandal einen weiteren Beweis dafür, „dass der Endverbleib von Kleinwaffen nicht kontrollierbar ist und auch Kleinwaffenexporte an NATO-Staaten wie die USA alles andere als unproblematisch sind. Um wirklich zu verhindern, dass deutsche Kleinwaffen bei Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen zum Einsatz kommen, dürfen diese nicht mehr exportieren werden. Ein konsequentes Kleinwaffenexportverbot ist überfällig.“

BICC und HSFK: Deutsche Rüstungsgüter gelangen nach Libyen

In einem [Kommentar](#) gehen Max Mutschler (BICC) und Simone Wisotzki (HSFK) auf Re-Exporte nach Libyen ein. Die Staaten im Nahen und Mittleren Osten, also der MENA-Region, würden zu den „größten Kunden deutscher Rüstungsproduzenten“ gehören. Im Text mit dem Titel „Brennglas einer problematischen Rüstungsexportpolitik: Der Bürgerkrieg in Libyen“ wird Kritik an einer deutschen Rüstungsexportpolitik geübt, die es möglich macht, dass Staaten wie beispielsweise Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jordanien und die Türkei Waffen und anderes Kriegsmaterial an verschiedene Gruppierungen des libyschen Bürgerkriegs liefern. Dies widerspräche dem seit 2011 bestehenden Waffenembargo der Vereinten Nationen. Im Einsatz seien etwa MAN-Militärlastwagen und „120mm-Mörsergranaten, die von der südafrikanischen Rheinmetall-Tochter Denel produziert werden und vermutlich über die Türkei an die Kriegspartei geliefert worden sind“. Die KommentatorInnen sehen solche Embargobrüche „als eine besonders hohe Hypothek im Hinblick auf zukünftige Rüstungsexporte“ und fordern die Bundesregierung auf, bis „auf weiteres“ keine Rüstungsexporte mehr an embargobrechende Staaten zu genehmigen, wenn sie „es ernst meint mit der von ihr selbst proklamierten Rolle als Unterstützerin der regelbasierten internationalen Ordnung“.

Im „[Friedensgutachten 2020](#)“ unterstützt BICC den Aufruf des UN-Generalsekretärs António Guterres zu einem globalen [Waffenstillstand](#) – eben auch in der MENA-Region, etwa im Jemen, und in weiteren Staaten Nordafrikas wie beispielsweise Mali.

Für die [Deutsche Welle](#) berichtet Tatiana Kondratenko über Russlands führende Rolle bei Rüstungsexporten nach Afrika und über die Bedeutung dieses Kontinents für die russische Rüstungsindustrie. Diese liege bei den Verkäufen noch klar vor ihren bislang größten Konkurrenten Frankreich und den USA. Auch geopolitische Aspekte spricht Kondratenko an.

Heckler & Koch: Waffenlieferungen an US-Armee und Bundeswehr

[HK USA](#) meldet stolz, dass nun wie vereinbart Gewehre des Typs M110A1 Squad Designated Marksman Rifle (SDMR) an die US-Armee ausgeliefert werden, der Zeitpunkt war dieses Frühjahr. Weitere Lieferungen sollen folgen, bis zwischen 5.000 und 6.000 Waffen sowie Zusatzteile bei den Streitkräften angekommen sind. Das Gewehr wird in dieser Meldung übrigens als Variante des „G28/HK417“ bezeichnet, wie wir bereits im DAKS-Newsletter Mai 2020 berichteten. (Damals wurden noch Beschaf-

fungszahlen von 3600 bis 6000 Exemplaren genannt.) Der US-Chef lobt das Gewehr als „top priority for HK internationally“. Das vereinbarte Produktionsverfahren, bei dem die Waffen selbst in Deutschland, sprich Oberndorf, hergestellt werden, und dann weitere Teile und Zubehör in den USA, d. h. in Columbus (im Bundesstaat Georgia), hinzugefügt werden, soll noch bis Mitte 2021 laufen. – Inwieweit Exporte dieser Waffe an Armeen anderer Länder oder an mit den USA verbündete bewaffnete Kräfte geplant sind, bleibt unklar.

[Heckler & Koch](#) spricht im Mai in einer von Eigenlob nur so strotzenden und durch Beschönigungen der blutigen Konzerngeschichte bestimmten Pressemitteilung weitere Waffengeschäfte an. Dabei handelt es sich um Lieferungen von Gewehren und Pistolen. So würden die Oberndorfer Waffenbauer die französischen Streitkräfte und verschiedene deutsche Polizeibehörden auf Bundes- und Landesebene ausrüsten, z. B. würden hessische PolizistInnen mit sogenannten Mitteldistanzwaffen ausgestattet (wir berichteten zu diesen Deals im DAKS-Newsletter). Neu ist hier lediglich diese Meldung: „Ebenfalls noch in 2020 werden das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) sowie die Spezialkräfte der Marine das neue Sturmgewehr G95K (HK 416 A7) von H&K einführen. Diese Waffe löst das G36K ab, das ebenfalls aus Oberndorf stammt.“ Wie diese Bundeswehr-Geschäfte genau ablaufen, erwähnt der Konzern nicht, möglich ist aber, dass damit eine Vorentscheidung für weitere Truppenteile getroffen ist.

Wie geht es weiter bei Heckler & Koch?

Diese Frage stellt sich seit Jahren: Die wirtschaftliche Situation ist angespannt, da der der in den vergangenen Jahrzehnten angehäufte Schuldenberg kaum abgebaut werden kann. Die Eigentümer-Frage ist weiterhin ungeklärt und der seit vielen Jahren angestrebte Großauftrag durch die Bundeswehr – für die Nachfolge-Bewaffnung des G36-Gewehrs – ist immer noch nicht in Sicht.

In dieser Situation hat HK in Gestalt von Marco Seliger einen neuen Presse- und Kommunikationschef bekommen, durch den zumindest die Außenwirkung des Unternehmens verbessert werden soll. Einer seiner ersten Auftritte war tatsächlich ungewöhnlich, denn er gab der Neuen Rottweiler Zeitung ein [Interview](#). So offensiv agiert das Unternehmen sonst nicht in der Öffentlichkeit. Normalerweise ist der Kleinwaffenhersteller eher presseschüchtern und statt einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit reagiert er mit Presseerklärungen – das aber auch nur, wenn ein Schweigen nicht länger zu ertragen wäre.

Rein formal stellt dieses Interview also etwas dar. Doch auch inhaltlich betritt HK mit dieser Aktion Neuland, da die Wortmeldung nicht als einfache Erklärung inszeniert wurde, sondern als ein Dialog mit Kritikern. Nach dem Gespräch mit Marco Seliger führte die NRWZ auch ein [Interview](#) mit Jürgen Grässlin von den Kritischen Aktionären Heckler & Koch, so dass, wenn man beide Interviews zusammen liest, fast eine Art Streitgespräch über HK und seine Geschäfte entsteht.

Den Aufschlag macht dabei Marco Seliger, der eine grundsätzliche Sympathie für die Kritischen Aktionäre offenbart und erklärt, mit ihnen auf das gleiche Ziel hinzuarbeiten:

„Der Vorstand sieht sich in wichtigen Punkten durchaus auf einer Linie mit den kritischen Aktionären. Beide Seiten wollen in sicheren Verhältnissen leben. Deshalb liefern wir unsere Waffen überwiegend nur noch in EU- und Nato-Staaten oder in andere demokratisch verfasste Länder. Wir wollen unbedingt vermeiden, dass unsere Soldaten irgendwann einem Gegner gegenüberstehen, der ebenfalls mit unseren Waffen kämpft. Für diese Selbstbeschränkung werden wir in der deutschen Verteidigungspolitik gelobt. Und in der Rüstungsindustrie sind wir damit ein Vorreiter, der zeigt, dass Waffengeschäfte ethisch und profitabel zugleich sein können.“

Hiermit sucht das Unternehmen den Schulterchluss mit seinen Kritikern und betont, an einem Strang mit ihnen zu ziehen, wenn es darum geht, in einer sicheren Welt leben zu wollen und Waffengeschäfte ethisch verantwortlich zu gestalten.

Dieser Umarmungsstrategie versucht Jürgen Grässlin sich zu entziehen, wenn er in seinem Interview betont:

„Die Waffenexporte an Kriegsparteien in Afghanistan, Syrien, dem Irak und dem Jemen haben keinesfalls Sicherheit geschaffen. Sie haben vielmehr zur Gewalteskalation beigetragen. Sicherheit wird allen voran geschaffen durch sinnvolle Arbeit und umfassende Bildung, durch Gesundheit und Wohlstand für alle Menschen. Wer Sicherheit will, muss ziviles Knowhow, in Notsituationen Nahrungsmittel und Medikamente liefern, nicht aber Waffen.“

Mit diesen Ausführungen geht Grässlin aber nicht nur einfach auf Distanz zu HK, sondern präsentiert eine alternative Vision, in der das Ziel nicht einfach in (militärischer) Sicherheit besteht, sondern in der Errichtung einer Friedensordnung, in der es dann keinen Platz mehr für Waffen gibt, weil sie nicht mehr benötigt werden. Er greift dabei die seit Jahrzehnten erhobene Forderung nach einer Umstellung der Rüstungsproduktion Heckler & Kochs auf eine zivile Produktion auf.

Seliger hatte in seiner Wortmeldung ebenfalls über Konversion gesprochen, die Vorzeichen dabei jedoch deutlich anders gesetzt:

„Im vorigen Jahr haben wir unsere Waffen zu 97 Prozent in ‚grüne‘ Länder geliefert, also EU- und Nato-Staaten und diesen vergleichbaren Staaten wie Australien. Die Nachfrage nach Waffen von HK in diesen Ländern ist nach wie vor groß, sodass wir derzeit keine Notwendigkeit sehen, über Konversion nachzudenken.“

In dieser Perspektive geht es eben nicht um die Herstellung einer Friedensordnung, sondern es genügt, die Rüstungsproduktion an selbst formulierte Vorgaben zu binden und Waffen nur an solche Kunden zu verkaufen, die den eigenen politischen Vorstellungen und Wünschen entsprechen. „Grüne“ Länder eben und das sind solche, die EU- und / oder NATO angehören oder sonst wie demokratisch verfasst sind. Dagegen formuliert Grässlin grundlegende Einwände und erläutert:

„Anfangs hatte ich den Eindruck, die Grüne-Länder-Strategie werde seitens der H&K-Geschäftsführung konsequent umgesetzt. Doch die strategische Zielvorgabe seit den beiden Hauptversammlungen 2019 erinnert eher an einen Schweizer Käse. Denn dort, wo sich neue Absatzmärkte auftun, höhlt H&K eigene restriktive Vorgaben aus. Kriegswaffen außerhalb von NATO und EU – zum Beispiel nach an menschenrechtsverletzende Staaten wie Indonesien, Malaysia und andere – werden durch die Hintertür wieder salonfähig. Damit würde die selbstgesetzte Grüne-Länder-Strategie ad absurdum geführt werden.“

In dieser Perspektive wird der konstruktivistische Aspekt der Geschäftsstrategie betont und herausgestellt, dass sich politische Bewertungen ändern können, wenn ein Kunde an die Tür klopft, und insofern dem politischen und wirtschaftlichen Tagesgeschäft unterworfen sind.

Das Doppel-Interview zeigt damit vor allem eins: Selbst wenn sich HK künftig um eine offensive Öffentlichkeitsarbeit bemühen sollte, stehen sich die Positionen des Rüstungsunternehmens und seiner Kritiker dennoch diametral entgegen. Und dies eben nicht nur im Hinblick auf die Einschätzung der konkreten Geschäftspolitik, sondern vor allem auch in der grundsätzlichen Vision und der Frage, wie ein Zusammenleben der Menschen im 21. Jahrhundert aussehen soll.

Kinder in Zeiten der Corona-Pandemie

Während in Deutschland über Misshandlungen von und weitere (häusliche) Gewalt gegen Kinder gesprochen wird (und gesprochen werden muss), trifft es Kinder in anderen Kontinenten und Ländern noch auf eine ganz andere Weise. UNICEF macht in einer neuen Studie darauf aufmerksam, dass „Corona eine ganze Generation bedrohe“, so der [ARD-Bericht](#) von Bernd Musch-Borowska (ARD-Studio Neu-Delhi) vom 24. Juni. „Für die rund 600 Millionen Kinder in Südasien macht die Corona-Pandemie jahrzehntelange Fortschritte bei Gesundheitsfürsorge und Schulbildung zunichte“, heißt es hier. Diese Region sei von der Pandemie und ihren Folgen besonders stark betroffen. „Covid-19 und die langfristigen wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Infektionskrankheit könnten die Zukunft einer ganzen Generation zerstören“, schreibt Musch-Borowska, denn „Impfungen und andere lebenswichtige Gesundheitsdienste sind durch die Corona-Pandemie so stark eingeschränkt,

dass das Leben von Hunderttausenden Kindern und Müttern in den kommenden sechs Monaten bedroht sein könnte“. Rund 40 Millionen Kinder in Pakistan könnten, so der Bericht, wegen der Corona-Pandemie vorerst keine Impfungen gegen Polio, die in der Region sehr verbreitet ist, mehr bekommen. Zudem seien die Krankenhäuser in Pakistan voll mit Covid-19-Patienten (im Bericht werden 190.000 Infizierte, sehr rasch steigend, und eine Todeszahl von mehr als 3700 genannt). Die gesamte, in diesem Monat erschienene, 35 Seiten lange Studie „Lives Upended“ von Simon Ingram findet sich bei [UNICEF](#).

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=206

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum
Braunschweig

